Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER)

Ausgabe 06.2020 | 27. August 2020

SPENDENBEITRAG AB 0,50 €

Hiroshima-Tag in Frankfurt (Oder)

Der Mensch neigt dazu, Unangenehmes, für ihn nicht Wesentliches zu vergessen. Aber es gibt Ereignisse, die in ihrem ungeheuerlichen, schrecklichen Ausmaß niemals in Vergessenheit geraten dürfen.

Vor 75 Jahren, an zwei Augusttagen, löschten die US-amerikanischen Atombombenabwürfe die Städte Hiroshima und Nagasaki aus. Über 200.000 Menschen wurden getötet und grauenhaft verstümmelt. Die gefährlichen Gedankenspiele und Taten unberechenbarer Präsidenten in jüngster Zeit machen deutlich, dass die Gefahr eines Atomkrieges nicht gebannt ist.

Vergessen dürfen wir auch nicht, dass nach wie vor auf deutschem Boden amerikanische Atomsprengköpfe lagern, die nicht abgerüstet, sondern erneuert werden sollen.

Erinnern, mahnen und aufrütteln - war das Ziel verschiedener Aktionen am 6. August, dem internationalen Hiroshima-Tag. Traditionell hielten Mitglieder der SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS und des Frankfurter Friedensnetzes nahe dem Oderturm eine Mahnwache ab. An einem Stand konnten sich interessierte Menschen unter anderem Flyer zu einem in Vergessenheit geratenen und nie umgesetzten Beschluss des Bundestages mitnehmen, der schon vor 10 Jahren den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland vorsah.

Aus all dem resultieren für die in der Friedensbewegung Engagierten die Forderungen,

- dass sich Deutschland nicht am derzeitigen Rüstungswettlauf beteiligt
- dass sich die Bundesregierung dafür einsetzen sollte, dass es zu neuen und weitergehenden Vereinbarungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt
- dass die für eine menschenverachtenden Waffengattung geplanten Mittel für soziale Zwecke eingesetzt werden.

Auf Tafeln, ausgelegt auf dem Bürgersteig, konnte man sich informieren, wo und wann auf der Welt mit Atomwaffen experimentiert, in Kriegen Nuklear-

► **Fortsetzung auf Seite 3**

Weltfriedenstag an der Oder

Am 1. September, dem Tag des verbrecherischen Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen, lädt das Frankfurter Friedensnetz zum Friedensweg durch Frankfurt (Oder) und unsere polnische Nachbarstadt Słubice ein. Alle, denen der Erhalt des Friedens eine Herzensangelegenheit ist, sind zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Der Friedensweg beginnt um 17 Uhr an der neu beschrifteten Friedensstele, nahe dem sowjetischen Ehrenmal auf dem Anger. Anschließend wird in der Marienkirche mit mahnenden Worten, Liedern und Lyrik daran erinnert, dass es nie wieder Faschismus und Krieg geben darf. Gemeinsam mit polnischen Friedensfreunden führt der Friedensweg über die Stadtbrücke nach Słubice und schließt an der Friedensglocke ab.

Jürgen Sobeck

>>> siehe Termine auf Seite 2 >>>

Strukturdebatte 2020
Beiträge zur Strukturdebatte der Partei DIE LINKE
Seiten 6-7

Bildung für alle?
Jeden Tag muss "Tag der Bildung sein"
Seite 8

Solidarität mit Kuba
Aktivitäten der Cuba Sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)
Seiten 10-11

Wider die Unwissenheit
Warum Karl Marx kein Antisemit war
Seiten 12-13

Termine

Friedensnetz Frankfurt (Oder)
01. September 2020, ab 17:00 Uhr

Friedensweg zum Weltfriedenstag

17.00 Uhr Friedensstele am Anger
17.30 Uhr Marienkirche
18.00 Uhr Słubice Fußgängerzone
18.30 Uhr Friedensglocke
(siehe Kasten auf Seite 1)

Start: Friedensstele am Anger

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
03. September 2020, 09:00 Uhr

Beratung der AG Seniorinnen & Senioren

Beratungsraum DIE LINKE. Frankfurt (Oder), Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

Zur Sicherstellung der Einhaltung der Hygieneregelungen werden Interessierte gebeten, sich bis Dienstag, 01. September, telefonisch in der Kreisgeschäftsstelle zu melden (0335/4002047).

Słubice-Frankfurt-PRIDE und Instytut Równości
05. September 2020, 14:00 bis 16:30 Uhr

1. Frankfurt Słubice PRIDE

(Demonstration „Liebe ohne Grenzen“)

Unter dem Motto „Liebe ohne Grenzen“ findet in der Doppelstadt der erste Frankfurt-Słubice-PRIDE statt. Die Demonstration will einerseits auf die kaum bis gar nicht vorhandene Sichtbarkeit und Infrastruktur für queere Menschen in beiden Teilen der Doppelstadt aufmerksam machen. Zweiter Schwerpunkt ist die Solidarisierung mit der LGBTIQ*-Community in Polen, die durch sogenannte „LGBT-freie Zonen“ in einigen Kommunen sowie durch hetzerische Kampagnen, u. a. durch die Regierungspartei PiS im jüngsten Präsidentschaftswahlkampf, heftig diskriminiert und bedrängt werden.

(siehe letzte Seite)

Plac Bohaterów, 69-100 Słubice, Polen

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
09. September 2020, 19:00 Uhr

Treffen der Regionalgruppe Cuba Si

Havanna-Bar, Am Graben 4, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
17. September 2020, 19:00 Uhr

Cuba-Picknick-Abend der Regionalgruppe Cuba Si

Verkehrsgarten, Lichtenberger Straße, 15234 Frankfurt (Oder)

ROTFUCHS Regionalgruppe Frankfurt/Oder
18. September 2020, 15.00 Uhr

Vortrag und Gesprächsrunde zur Armut in Deutschland – welche Auswirkungen hat Corona auf die Verschärfung der Armut in Frankfurt (Oder)?

mit Herrn Norbert Leitzke Vorsitzender der Kindervereinigung und Herrn Joachim Wawrzyniak DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Begegnungsstätte Oderblick, Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e.V. Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
24. September 2020, 20:00 Uhr

Der LINKE Stammtisch

WG Bar, Große Scharrnstraße 14A, Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder) /
DIE LINKE Frankfurt (Oder) & DIE LINKE. Oder-Spree
26. September 2020, 09:00 Uhr

Wahlkreisversammlung und Kreiswahlversammlung zur Bundestagswahl 2021

Stadthalle Erkner, Julius-Rütgers-Straße 4, 15537 Erkner

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Vereinte Nationen (UN)
29. August

Internationaler Tag gegen Nuklearversuche

Pro Asyl
30. August

Gedenktag für die Todesopfer in Abschiebungshaft

European Association for the Preservation and Promotion of Jewish Culture and Heritage (AEPJ)
01. September

Europäischer Tag der jüdischen Kultur

---

01. September

Weltfriedenstag / Antikriegstag

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e.V.)
08. September

Tag der Erinnerung und Mahnung

Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD)
08. September

Tag des offenen Denkmals

Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
08. September

Welttag der Alphabetisierung

---

14. September

Tag der Tropenwälder

Der "Tag der Tropenwälder" wird weltweit am Geburtstag des Forschers Alexander von Humboldt gefeiert.

Vereinte Nationen (UN)
15. September

Internationaler Tag der Demokratie

Vereinte Nationen (UN)
21. September

Internationaler Friedenstag

www.pflegenotstand-stoppen.de

Jahrestage

11. September 1973

† Dr. Salvador Allende

---

12. September 1977

† Stephen (Steve) Bantu Biko

Steve Biko war ein bekannter Bürgerrechtler in Südafrika. Er gilt als ein Begründer der Black-Consciousness-Bewegung. Am 18. August 1977 wurde er von der Sicherheitspolizei aufgegriffen und wegen Verletzung seiner Auflagen verhaftet. Während der anschließenden Verhöre wurden ihm durch Folter schwere Kopfverletzungen zugefügt. Am 11.9. wurde Biko nackt und bewusstlos in einem Polizeiwagen mehr als 1.000 km nach Pretoria transportiert. Dort starb er in der folgenden Nacht an seinen Verletzungen im Gefängniskrankenhaus. Der Musiker Peter Gabriel schrieb das vielbeachtete Lied "Biko", das 1980 erschien. *Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Steve_Biko*

---

17. September 1913

✳ Heinz Kapelle

---

22. September 1918

✳ Hans Fritz Scholl

Hans Fritz Scholl war ein deutscher Widerstandskämpfer. Er wurde wegen seines Engagements zusammen mit seiner Schwester Sophia (Sophie) Magdalena Scholl in der Weißen Rose von den Nazis ermordet.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Scholl

Historische Ereignisse

26. August 1973
Sigmund Jähn fliegt als erster Deutscher ins Weltall. Der Physiker und Diplom-Militärwissenschaftler flog am 26. August 1978 in der sowjetischen Sojus 31 zusammen mit Waleri Fjodorowitsch Bykowski zur sowjetischen Raumstation Saljut 6.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Sigmund_Jähn

---

31. August 1988
Der Bundesparteitag der SPD beschließt die Einführung einer Frauenquote für alle Parteiämter und Mandate.

---

01. September 1948
Gründung der IG Metall

---

01. September 1988
NS-Urteile aus politischen, militärischen, rassischen und religiösen Gründen werden bundeseinheitlich aufgehoben. Ihre Opfer sind formalrechtlich rehabilitiert, erhalten aber keinen Entschädigungsanspruch.

---

03. September 1941
Im KZ Auschwitz wird mit der massenhaften Vernichtung von Menschen durch Gas (Zyklon B) begonnen.

---

03. September 1946
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) wird in Hamburg gegründet.

---

05. September 1972
Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München.

---

05. September 1991
Auflösung der UdSSR

05. September 1995
Trotz internationaler Proteste unternimmt Frankreich auf dem Mururoa-Atoll den ersten von mehreren geplanten Atomwaffentests.

11. Septmeber 1973
Militärputsch in Chile

11. September 2001
Terroranschläge vom 11. September 2001
Die Terroranschläge am 11. September 2001 waren vier koordinierte Flugzeugentführungen mit anschließenden Selbstmordattentaten auf wichtige zivile und militärische Gebäude in den USA. Sie wurden vom einem islamistischen Terrornetzwerk geplant und von 19 seiner Mitglieder verübt. Der am 14. September 2001 in den USA ausgerufene Ausnahmezustand ist weiterhin in Kraft.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschläge_am_11._September_2001

18. September 1973
Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO.

19. September 1941
Im "Deutschen Reich" tritt die Verordnung über die Einführung des „Judensterns“ in,Kraft. Einen Monat später beginnt die systematische Deportation in die Vernichtungslager.

20. September 1991
Der Überfall von Rechtsradikalen auf vietnamesische Vertragsarbeiter und das Eingreifen der Polizei lösen in Hoyerswerda schwere Ausschreitungen Rechtsradikaler gegen Ausländer und Asylbewerber aus. In den folgenden Wochen kommt es im gesamten Bundesgebiet zu Anschlägen gegen Asylbewerberunterkünfte.

21. September 1933
In Leipzig beginnt der „Reichstagsbrandprozess“, der die Beteiligung der KPD und der KI nachweisen soll. Er wird für das NS-Regime zum Fiasko.

Wieder Präsenz zeigen

Am 06. Juni und am 09. Juli führte der Kreisverband Steckaktionen durch, an denen sich insgesamt 16, meist jüngere, Genoss*innen beteiligten.

Gesteckt wurde in Wohnbezirken, die bei zurückliegenden Wahlen Hochburgen der LINKEN waren. Bei den verteilten Materialien handelte es sich um den Auf-den-Punkt-gebracht-Flyer „Wer Geld für Dividende hat, darf keine Staatshilfe bekommen.“, die Corona-Zeitung der LINKEN und ein Flyer, in dem über die Schulbedarfsaktion am 31. Juli informiert wurde.

Diese Steckaktionen sind eine Form, mit der wir wieder mehr außerparlamentarische Präsenz in der Stadt zeigen wollen. Natürlich kann dies nicht die einzige Form dafür bleiben. Aber es ist ein Anfang.

Ideen der Basis sind gefragt und die Bereitschaft zum Mitmachen.

Michael Große

Hiroshima-Tag in Frankfurt (Oder)

► **Fortsetzung von Seite 1**

munition eingesetzt wurde und Beinahe-Unfälle in AKW zu verzeichnen waren. Erinnert wurde auch der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Verbunden war das mit der Aussage, dass Katastrophen unterschiedlichster Art irgendwann zu Ende gehen, die für Generationen von Strahlenopfern jedoch bis heute nicht. Eine Frau, die sich aufmerksam die Tafeln anschaute und einiges hinterfragte, bedankte sich bei mir mit den Worten: „Es ist gut, dass es Menschen wie Sie gibt, die nicht müde werden zu erinnern.“

Dem Erinnern diente auch eine sehr bewegende Veranstaltung in der Marienkirche, zu der sich über 60 Menschen eingefunden hatten. Der Kontrabass, gespielt von Thomas Strauch, erst verhalten, dann stärker werdend, ließ mich frösteln. Nicht minder berührend seine Interpretation des Hiroshima-Liedes und die eindringlichen Texte, gelesen von Carmen Winter. Ein Animationsfilm veranschaulichte nicht Vorstellbares: Was geschieht, wenn eine Atombombe auf die Stadt fällt? Detailgenau in den Fakten, wurde eine Brücke geschlagen zu jenen, die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wurden. Die am 17. Juli 2020 in der Marienkirche eröffnete Ausstellung der Friedensbibliothek, Berlin, „Erinnerung an die Zukunft“, initiiert von der SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS und unterstützt vom Friedensnetz, ergänzte auf eindrucksvolle Weise die Aussagen dieses Animationsfilms. Diese Ausstellung kann noch bis zum 7. September 2020 in der Zeit von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden. Sie soll anregen zu Gesprächen und kritischer Auseinandersetzung. Besonders junge Menschen wollen wir erreichen. Die Älteren sollten dabei mit ihrer Lebenserfahrung helfen, den Blick auf das hier Gezeigte schärfen. Es geht um die Verantwortung der heute Lebenden für nachfolgende Generationen. In einer Begleitveranstaltung zur Ausstellung lädt das Frankfurter Friedensnetz am 25. August, um 17.30 Uhr, in die Marienkirche ein. Uwe Fröhlich, Vorsitzender des Vereins Hiroshima-Platz Potsdam und als Grüner in der SVV tätig, sowie eine Vertreterin von ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen) diskutieren mit den Besuchern der Veranstaltung über das Engagement für eine Welt ohne Atomwaffen.

Der Hiroshima-Tag schloss mit einem Friedensweg zur 1953 von der CDU gestifteten Friedensglocke an der Oder, einem von Charlotte und Reinhard Schülzke gesprochenen Friedensgebet und dem emotional bewegenden Glockengeläut ab.

Jürgen Sobeck
SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:

Dilo Richter am 27.8. zum 88.; Irmtrud Schmidt am 28.8. zum 89.; Inge Kowalewski am 30.8. zum 84.; Günter Janik am 1.9. zum 79.; Lieselotte Plöger am 2.9. zum 89.; Frank Mende am 8.9. zum 76.; Hans Hiltmann am 8.9. zum 89.; Ella Schleese am 16.9. zum 84.; Frank Endler am 18.9. zum 75.; Günther Wullekopf am 18.9. zum 85.; Ruth Böttcher-Burkert am 20.9. zum 87.; Gertraud Süß am 22.9. zum 79.; Walter Kreisel am 22.9. zum 91.

Einberufung Wahlkreisversammlung

DIE LINKE.

Die Kreisvorstände der Partei DIE LINKE, Kreisverband Oder-Spree und Kreisverband Frankfurt (Oder) berufen eine Mitgliederversammlung des Bundestagswahlkreises 63 für **Samstag den 26.09.2020 um 11.00 Uhr in die Stadthalle Erkner, Julius-Rütgers-Str. 4, 15537 Erkner**, ein.

Ziel dieser Versammlung ist die Wahl der Direktkandidatin/ des Direktkandidaten der LINKEN für den Bundestagswahlkreis 63 zu den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

11:00 Uhr
Begründung und Konstituierung
11:15 Uhr
Rede der Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Amira Mohamed Ali
11:45 Uhr
Bericht der Mandatsprüfungskommission
12:00 Uhr
Aufstellung der Kandidat*innenliste, Vorstellung der Kandidierenden
12:45 Uhr
Wahl der Wahlkreisbewerberin / des Wahlkreisbewerbers
13:30 Uhr
Bekanntgabe des Wahlergebnisses
13:45 Uhr
Schlusswort und Ende der Versammlung

Dieser Beschluss ist zu veröffentlichen.

Bis zum 12.09.2020 sind alle im Wahlkreis wohnenden Mitglieder der Partei DIE LINKE schriftlich einzuladen. In der Einladung sind die vorläufige Tagesordnung und der Hinweis auf die beabsichtigte Wahl bekannt zu machen.

Hierbei ist es unabhängig wo das einzelne Mitglied organisiert ist, ausschlaggebend ist der Wohnort.

Beratung der AG Senioren

Nach der Schließung des städtischen Pflegedienstes bleiben viele Fragen offen

Am 30.07.2020 trafen sich die Mitglieder der AG Senioren unter Einhaltung der Hygieneregeln in der Geschäftsstelle. Als Gast wurde unser Kreisvorsitzender Stefan Kunath herzlich begrüßt.

Diskussionsschwerpunkt war die Einstellung der Arbeit des städtischen ambulanten Pflegedienstes. Dieser Pflegedienst hatte seit seiner Gründung Aufgaben übernommen, die sich für private Dienstleister nicht „lohnten“, weil nicht rentabel genug. Doch die geplante Querfinanzierung durch andere Geschäftsbereiche der städtischen Pflegegesellschaft funktionierten nicht. Daraufhin erfolgte die Schließung. Für die zu Pflegenden und ihre Angehörigen konnte nicht immer die optimale, die passende neue Pflege gefunden werden. Zudem wurden von den 12 Mitarbeiter*innen nur 8 übernommen.

Für die AG und insbesondere für Genossen Mende als Vorsitzenden des Seniorenbeirates stellten sich folgende Fragen und Problemkreise:

- Wurde ausreichend mit den Angehörigen kommuniziert?
- Welche Pflegeaufgaben und -bereiche sind für Pflegedienste nicht „rentabel“?
- Zweifel an der Einschätzung der Stadtverwaltung, dass ausreichend ambulante Pflegeplätze vorhanden seien, wenn in den Pflegeeinrichtungen in der Stadt lange Wartelisten existieren
- Daseinsfürsorge, also auch Pflege, ist eine kommunale Aufgabe, ebenso die Mehrung kommunalen Eigentums
- Könnte der Rechnungsprüfungsausschuss die Vorgänge nochmals zeitnah überprüfen?

Genosse Kunath wird mit der LINKEN-Fraktion sprechen, insbesondere mit Genossin Sandra Seifert, zu diesen Themen und zur Mitwirkung im Aufsichtsrat der Pflegegesellsschaft. Gleichfalls mit den Themen zur Pflege selbst muss es in Gesprächen und in deren Folge um Perspektiven für die ehemaligen Mitarbeiter*innen und Patient*innen gehen.

Der Seniorenbeirat will nach Gesprächen zur Klärung eine Stellungnahme veröffentlichen.

Die AG vertritt die Meinung, dass kommunale Einrichtungen zwar auch auskömmliche Gewinne erwirtschaften sollten, aber das dürfe nicht den Vorrang haben. Erstere müssen ja keine Aktionäre bedienen.

Ein weiteres Problem, das diskutiert wurde, betraf die Vermietung im Wohnprojekt Wollenweberstraße, das von der WOWI betrieben wird. Dort wurden in größerem Umfang altersgerechte und preiswerte Wohnungen geschaffen. Jedoch ziehen dort zunehmend junge Familien ein, was im Widerspruch zur einstigen Konzeption steht. Jedoch steht den AG-Mitgliedern fern, Junge gegen Alte auszuspielen.

Weiterhin wurde in der AG über den Eigentümerwechsel im Haus der Begegnung in Neuberesinchen gesprochen. Diese Heimstatt für viele Selbsthilfegruppen übernahm die Lebenshilfe e. V. Die neue Leiterin ist Frau Denise Börner.

Zum Schluss noch eine Bitte in eigener Sache:

Wir wollen die Betreuung unserer älteren Genossinnen und Genossen weiter organisieren. Dafür brauchen wir, der KV und die AG, Rückmeldungen, wer Hilfe bei der Betreuung und/oder bei Besuchen braucht und wie die Hilfe aussehen könnte. Meldet Euch bitte in der Geschäftsstelle zu den bekannten Zeiten oder per Mail an geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

Elke Thiele
AG Senioren

Aus der Coronakrise zurück zu welcher Normalität?

Folgt man Äußerungen von Politikerinnen und Politikern und Nachrichten in den führenden Medien sind Wirtschaft und Gesellschaft, ungeachtet wieder steigender Neuinfektionen, in der Coronakrise über den Berg.

Das Bundesarbeitsministerium vermittelt mit Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit im Juni und Juli „vorsichtige Zuversicht“ für die Zukunft. Der Bundeswirtschaftsminister und namhafte Ökonomen konstatieren, dass das Konjunkturpaket bereits die Wirtschaft ankurbelt. Im Juni sind die Exportleistungen wieder beträchtlich gestiegen. Die Interessenvertreter*innen der Wirtschaft fordern unüberhörbar eine „Rückkehr zur Normalität“.

- Nicht nur sie. Am 1. August veranstalteten etwa 20 000 Demonstrant*innen in Berlin einen „Tag der Freiheit“. Unter Missachtung der Hygieneregelungen wurde lautstark das Ende der Abstands- und Maskenpflicht gefordert. Dabei wurden rechtsextreme und rassistische Losungen unbehelligt zur Schau getragen. Eine ernstzunehmende Minderheit mit egoistischen Interessen gefährdet rücksichtslos Gesundheit und Leben von Menschen. Der Darstellung des gesellschaftlichen Lebens in den Medien nach zu urteilen, findet die Warnung der Virologen des Robert-Koch-Instituts: „Wir befinden uns nicht am Ende, sondern mitten in einer Pandemie. Es gibt keinen Impfstoff und keine Medikamente“, immer weniger Resonanz.

Zurück zur Normalität! Zu welcher Normalität?

Schon vor Corona bestand ein zunehmendes Auseinanderklaffen von Einkommen und Vermögen. Die oberen 10 Prozent der Bürger besitzen etwa zwei Drittel des Nettovermögens. Dennoch findet die Forderung der Linken sowie von Sozialverbänden, diese Vermögen gerecht zu besteuern bzw. aktuell durch eine einmalige Vermögensabgabe an der Finanzierung der Coronakosten zu beteiligen, in der Großen Koalition kein Gehör.

Reiche und Familien mit hohem Einkommen verkraften Lohnausfall durch Kurzarbeit und durch die Pandemie bedingte höheren Ausgaben ohne Einschränkung ihrer Lebensqualität. Für Millionen Erwerbslose, Niedriglöhner, Freiberufler und Rentner ist diese Pandemie mit zusätzlichen Belastungen verbunden. Für die von Politikern in Sonntagsreden gewürdigten „Helden des Alltags“ ist im Konjunkturpaket der Bundesregierung kaum etwas drin. Etwa eine Millionen Menschen müssen ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken.

Der Dachverband der Tafeln spricht von einer zunehmenden Hilfsbedürftigkeit. Immer mehr der etwa 1,6 Millionen regelmäßigen Besucher und Besucherinnen der Ausgabestellen für Lebensmittel betrachten diese nicht als Entlastung, sondern als existenzielle Versorgungshilfe. Etwa 20 Prozent sind Kinder und Jugendliche.

Die Bundesregierung sponsert Konzerne mit Milliarden. Die Ärmsten der Gesellschaft überlässt sie Spendern. Der Vorstandsvorsitzende der Tafeln, Jochen Brühl, fordert finanzielle Unterstützung durch den Bund. Ausschließlich mit Spenden und ehrenamtlichem Engagement könne die steigende Nachfrage nicht befriedigt werden.

Der Mieterbund macht darauf aufmerksam, dass viele Familien, bedingt durch die Einkommensausfälle, Probleme haben, ihre Miete zu bezahlen. Der seit April gewährte Kündigungsschutz für Mieter und Zahlungsaufschübe für Verbraucher und kleine Gewerbetreibende sind am 30. Juni ausgelaufen. Die CDU/CSU hat eine von der Bundesjustizministerin vorgeschlagene Verlängerung dieser Regelungen abgelehnt. Sie wären ein „falsches Signal“, da es keine Notwendigkeit für einen weiteren Schutz gibt. Während noch Millionen Menschen in Kurzarbeit sind und unter Einnahmebußen leiden, kündigen die Autoindustrie, die Lufthansa und weitere Unternehmen Personalreduzierungen, sprich Entlassungen, an.

Der Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer erklärt der Bundesregierung, die der Wirtschaft ein gigantisches Konjunkturpaket beschert: „Es ist schon eine mehr als riskante Entwicklung, wenn der Sozialstaat jetzt schon das fünfte Mal in Folge stärker gewachsen ist als unsere Wirtschaft. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise und der demografischen Veränderungen muss bei den Sozialausgaben gegengesteuert werden.“

Die Forderungen führender Vertreter*innen der Wirtschaft und ihnen hörige Ökonomen sind, ungeachtet der sozialen Auswirkungen und Lehren, der noch nicht ausgestandenen Coronapandemie, auf ein zügelloses Wirtschaftswachstum als alternativlose Normalität gerichtet. Es geht um Profitmaximierung auf Kosten des Sozialen und des Klimas.

Die Coronapandemie erhärtet die linke Forderung, dass vor allem die Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser, das Wohnungswesen, der öffentlichen Nahverkehrs, die Energieversorgung u. a. der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen werden müssen. Ihre Privatisierung ist zu stoppen. Es muss um die Rückführung in kommunales Eigentum gekämpft werden.

Die Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping trat in ihrem ZDF-Sommerinterview für ein breites sozial-ökologisches Bündnis mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen, Mitgliedern demokratischer Parteien zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Daseinsvorsorge für alle Menschen ein. Auch der Frankfurter Kreisverband der Linken steht in Verantwortung.

Horst Dahlmann

Strategie- und Strukturdebatte 2020

Seit Dezember 2019 begleitet Der Rote Hahn in dieser Rubrik die Strategiedebatte der Partei mit Beiträgen aus unserem Kreisverband und anderen Kreisverbänden. In den nächsten Monaten wollen wir die Diskussion über den „Gebrauchswert“ unserer Partei in Frankfurt (Oder) und die Erarbeitung eines Strategiepapiers des Kreisverbandes kritisch begleiten.

Etappenziele setzen, aber das Endziel nicht aus den Augen verlieren

In der Ausgabe 05.2020 zitiert Horst Dahlmann einen Leser vom Roten Hahn “Es würde im Roten Hahn in der letzten Zeit zu viel herum theoretisiert mit wenn und aber”. Ich denke, eine Strategiedebatte setzt voraus, dass theoretisch nach - und weiter gedacht wird.

Wir brauchen als Linke eine aussagefähige Utopie für den “demokratischen Sozialismus” alles das dem realen Kapitalismus folgen soll. Wir haben Schlussfolgerungen aus den Fehlern des Realsozialismus zu ziehen. Der Begriff “Sozialismus” ist auch in heutiger Zeit legitim, aber wir müssen ihn neu durchdenken.

Soziales, Ökonomie und Ökologie sind als Einheit umzusetzen. Das braucht andere solidarische Beziehungen zwischen den Menschen. Wir brauchen klare Vorstellungen von der Ökonomie / Ökologie, die anderen Zielen folgen als der Profitmaximierung und dem Wahn stetigen Wachstums.

Wir brauchen Qualität und Langlebigkeit der Konsumgüter., geschlossene Stoffkreisläufe in der Produktion; kommunale Versorgungsnetze; soziale und kulturelle Dienstleistungen sind wieder in die öffentliche Hand zu überführen und dürfen nicht dem Profitstreben unterworfen werden. Die große offene Frage ist, wie wir den Stoffwechsel mit der Natur wirklich beschränken.

Gefragt sind neue Lebens- und Konsummodelle. Statt immer um individuellen Konsum geht es um mehr kollektive Infrastruktur. Wir brauchen Vorstellungen über die Wege, eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft einzuführen und durchzusetzten. Soziale und ökologische Kämpfe sind nötig und zu koordinieren. Koalitionen der verschiedenen Gruppen und Initiativen sind erforderlich. Um sie zu schmieden, ist es notwendig, dieses Gedankengut und entsprechendes Handeln auch und besonders in die Gewerkschaften zu tragen.

Die Größe und die Lebensfähigkeit der Gedanken von Marx und Engels besteht doch darin, dass sie über den Kapitalismus hinaus gedacht haben. Uns von vornherein in der Strategiedebatte nur auf eine innere systemische Transformation zu beschränken, also zu einem sozial - ökologisch regulierten Kapitalismus, halte ich für zu kurzsichtig.

Man muss Etappenziele setzen, das ist richtig, aber wenn ich nicht klare Vorstellungen vom Endziel habe, laufe ich Gefahr, Etappenziele falsch zu setzen und wenn es schlimm kommt, gar das Endziel aus den Augen zu verlieren. Das aber wird unser Planet Erde nicht mehr ertragen.

Günther Wullekopf

Eine nicht unwichtige Klarstellung

„Die Arbeitsgruppe (gemeint ist DIE LINKE. stärken) und der Kreisvorstand stehen gemeinsam in Verantwortung.“ lautet der letzte Satz in Horst Dahlmanns Beitrag „Strategiedebatte muss zu Politikangeboten führen“ im Der Rote Hahn, 05.2020.

Richtig müsste es heißen „Die Basis (und das ist nicht nur die AG) und der Kreisvorstand stehen gemeinsam in Verantwortung.“, denn die Basis, also der Kreisverband, ist für alle politischen und organisatorischen Aufgaben der Partei vor Ort verantwortlich.

Um diese Verantwortung auf eine neue Stufe zu heben, sollte der Kreisvorstand endlich den längst überfälligen Austausch darüber, „wie der Gebrauchswert unserer Partei in Frankfurt (Oder) zukünftig dargestellt und begründet werden kann.“ umsetzen. Diesen Austausch schlägt der Kreisvorstand in seinem Leitantrag an die 2. Tagung des Kreisparteitags selbst vor. Einen solchen zu organisieren, dazu muss der Leitantrag nicht erst zum Beschluss erhoben werden. Jetzt besteht Handlungsbedarf, nicht nur mit Blick auf den 2021 stattfindenden Bundestagswahlkampf.

Michael Große

Es braucht ein klares Bekenntnis zum gültigen Parteiprogramm

Gedanken zur einer möglichen Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE nach der nächsten Bundestagswahl in einer Koalition mit SPD und den Grünen

Im heutigen ND las ich auf der ersten Seite eine kleine Notiz: „SPD-Chef offen für Bündnis mit der Linken“. Er reagierte damit auf eine Bemerkung von Katja Kipping, dass zum Umsetzen der „notwendigen sozialökologischen Veränderungen soziale Mehrheiten links von der Union“ erforderlich sind. Recht hat Katja Kipping natürlich mit ihrer Bemerkung.

Aber um welchen Preis ließe sich in absehbarer Zeit, unter der Voraussetzung ,dass nach den Wahlen rechnerisch eine Rot-Rote Mehrheit (sehr unwahrscheinlich) oder eine Rot-Rot Grüne Mehrheit (eher denkbar) möglich wäre, eine solche Koalition verwirklichen? Geht man von dem bisher gültigen Parteiprogramm der „Linken“ aus, dann gilt als einer der wichtigsten friedenspolitischen Grundsätze, Auslandeinsätze der Bundeswehr strikt abzulehnen. Auch Bernd Riexinger benannte in seiner kurzen Einführung zur Podiumsdiskussion zum sogenannten New Green Deal auf der Strategiekonferenz der Linken im Februar 2020 die Einheit von Sozialpolitik, Friedenspolitik und nachhaltiger Umweltpolitik als Kern der künftigen strategischen Ausrichtung dieser Partei.

Da aber die SPD und noch mehr die Grünen alle bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr einschließlich des unsäglichen Jugoslawienkrieges und der „Verteidigung Deutscher Interessen“ in Afghanistan unterstützt- bzw. sogar mit initiiert haben, und trotz des Jemen-Krieges Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien von diesen Parteien gebilligt werden, ist eine Änderung der außenpolitischen Einstellung beider Parteien in nächster Zeit kaum zu erwarten. Daher wäre eine Rot Rot Grüne Koalition mit der Aufgabe der friedenspolitischen Grundsätze der „Linken“ zwingend verbunden. Das gilt umso mehr, als SPD und Grüne die Sanktionspolitik der USA gegenüber Russland, China, Iran, Cuba, Venezuela, Syrien usw. bisher sklavisch mittragen, den Teilabzug der USA-Truppen aus Deutschland bedauern, bereit sind, mehr als 10 Milliarden Euro für neue USA-Jagdbomber auszugeben und sich letztlich auch den USA-Wünschen beugen, die Verteidigungsausgaben Deutschlands drastisch zu erhöhen (gegen wen eigentlich?).

Fordern die SPD und die Anti-Atomkraftpartei die Grünen etwa mit Nachdruck einen Abzug der USA-Atomwaffen aus Deutschland oder einen Beitritt der Bundesrepublik zu dem von der UNO initiierten Abkommen zum Kernwaffenverbot? Bisher Fehlanzeige. Würde die Linke auf Bundesebene unter diesen Umständen eine Koalition mit der SPD und den Grünen eingehen, wäre das fatal für das Ansehen der Partei bei dem (großen) Teil ihrer Sympathisanten, welche bis jetzt die Linke nur noch wegen ihrer bisher konsequenten Friedenspolitik gewählt haben.

Vielmehr sollte die Linke sich klar dazu bekennen, dass letztlich die heutigen sozialen und ökologischen Probleme zusammen mit der Beendigung von Aufrüstung und Konfrontation nur gelöst werden können, wenn der Einfluss der Großkonzerne und Banken auf die Entscheidungen des Staates durch ihre Entmachtung und Verstaatlichung überwunden wird.

Das bedeutet ein klares Bekenntnis zum gültigen Parteiprogramm:

Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch einen demokratischen Sozialismus. Dazu gehört auch, ohne nostalgische Verklärung der Vergangenheit, ein klares Bekenntnis zu den positiven Errungenschaften der sozialistischen DDR, wozu heute scheinbar schon mehr politischer Mut gehört, als bei einigen Parteiführen der Linken vorhanden ist.

Siehe hierzu auch das Referat von Ellen Brombacher, vorbereitet für die wegen der Corona Krise ausgefallene Bundeskonferenz der KPF, abgedruckt in der Mitteilungen der KPF vom Mai 2020, Seite 10 und Daniela Dahns neues Buch. „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“. Siehe auch JW 8.8.2020, s. 4, Innland: Strategiedebatte der Linkspartei, keine Antworten, (Aufsatz von Ellen Brombacher).

Karl Ernst Ehwald
Kommunistische Plattform

Einigkeit und Recht und Freiheit? 30 Jahre Wiedervereinigung

Deutschlandweit kündigen sich nun immer öfter und auch örtlich immer näher die Feierlichkeiten zu 30 Jahre Wiedervereinigung an.

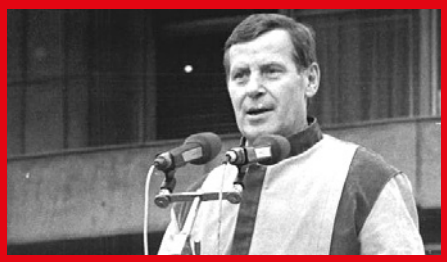
Was feiern wir? Was feiern wir? Sind wir einig, sind wir frei? Darauf hat jeder Mensch eine eigene, sehr persönliche Antwort.

Liebe Genossinnen und Genossen, schickt uns eure Gedanken zum anstehenden Jubiläum, gern mit Fotos.

Hinterlegt eure Gedanken entweder in der Geschäftsstelle oder sendet sie bis zum Redaktionsschluss am 15.09.2020 per Mail der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Alle Einsendungen möchten wir in der kommenden Ausgabe veröffentlichen.

Es bedankt sich schon im Voraus die AG Der Rote Hahn.



Lothar Bisky auf der Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-1989-1104-057 / LINK, HUBERT / CC-BY-SA 3.0

Jeder Tag muss "Tag der Bildung" sein!

Am 31. Juli 2020 bauten Mitglieder Frankfurter LINKEN einen Info- und Gesprächsstand zur „Schulbedarfskampagne – Schulcomputer“ auf. Der federführende Genosse Joachim Wawrzyniak berichtet dazu:

„Kinder sind unsere Zukunft!“ lauten seit mehreren Jahren die Aussagen von (nicht nur) Politikern und Politikerinnen. Wenn es allerdings um berechtigte Forderungen für Kinder aus sozial schwachen Haushalten geht, wird gesagt „die produzieren ja die 3. oder 4. Generation“ und lernen in der Schule wie ein Hartz IV Antrag ausgefüllt werden muss. Um es auch hier nochmals deutlich zu erwähnen – das Kindergeld wird auf Hartz IV angerechnet!

Seit mehreren Jahren mache ich auf aufmerksam, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben sollten. Doch außer viel Gerede ist kaum etwas passiert, es sei denn die Gerichte verurteilen die Politik zum Handeln. Nachdem der Bund beschloss, 100,00 Euro - 70 Euro zum Schulbeginn, 30 Euro nach einen halben Jahr danach, hat das Bundessozialgericht am 08.05.2019 unter dem Aktenzeichen Az: B 14 AS 6/18R und Az: B 14 AS 13/18R die Jobcenter/Sozialamt verurteilt, die tatsächlichen Kosten für Schulbücher zu übernehmen.

Es erfolgte eine Erhöhung des Schulbedarfspaketes auf 150,00 Euro pro Kind jährlich, was in einigen Fällen jedoch auch nicht ausreichend ist.

Die Corona-Pandemie hat nach Schließung von Schulen schonungslos aufgezeigt, dass es erhebliche Defizite im Bereich Digitalisierung an diesen gibt. Auch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) räumt unumwunden ein, dass es erhebliche Probleme im Schulunterricht der vergangenen Monate beim digitalen Lernen zu Hause gegeben hat. So gab es enorme Unterschiede an Schulen, an denen Lehrer*innen während der Krise so gut wie keinen direkten Kontakt zu den Schüler*innen hatten (bis zu 30% einer Klasse wurde nicht erreicht, auch in Frankfurt). Es besteht die massive Gefahr, dass diese Schüler*innen lernmäßig abgehängt werden.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: zur schulischen und gesellschaftlichen Teilhabe ist ein Schulcomputer unabwendbar, denn jeder Tag ohne Computer ist für ein Kind ein weiterer abgehängter Tag. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die (Sozial-,Verwaltungs-) Gerichte in einem Grundsatzurteil aufgefordert, das Recht bis zu einer gesetzlichen Änderung – weit auszulegen (Bundesgesetzblatt 2019 Teil 1 Nr. 16).

Aufgrund dessen gab es zu diesem Thema am 31. Juli 2020 einen Info- und Gesprächsstand von 14.00 Uhr bis – 17.00 Uhr au dem Platz der Republik, nahe dem SVF Kiosk. Der Stand erregte Aufmerksamkeit und so kam es zu zahlreichen informativen Gesprächen, auch mit einem Mitarbeiter des örtlichen Jobcenters. Wir können berichten, dass vor dem Sozialgericht in Frankfurt (Oder) eine Klage für einen Schulcomputer läuft.

Das Aktionsbündnis Frankfurter Montagsdemo und die Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder) werden diese Aktion in absehbarer Zeit wiederholen.

Joachim Wawrzyniak

Der Antrag liegt dieser Ausgabe zur Verbreitung bei.

Hinweis:
Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist wieder die Erstellung von Kopien möglich.

2020: Jubiläumsjahr der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e.V.

Vor 75 Jahren wurde in Dresden das Aktionsbündnis „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ gegründet. Aus diesem Hilfswerk entstand die heutige Volkssolidarität.

Die Volkssolidarität ist ein starker Mitgliederverband, heute gehört die Volkssolidarität zu den führenden Sozial- und Wohlfahrtsverbänden der BRD. In Frankfurt(Oder) sind wir aktuell über 900 Mitglieder.

Das heutige einheitliche Emblem entstand 1950. Unser zentrales Motto „Miteinander – Füreinander“, welches 1968 beschlossen wurde, wird heute von allen Mitgliedern mit Leben erfüllt. Unsere Kita „Am Sonnensteig“ existiert in diesem Jahr bereits 45 Jahre und ist seit 1994 in Trägerschaft des Kreisverbandes der Volkssolidarität Frankfurt (Oder).

Es gibt diesjährig auch noch ein drittes Jubiläum: Den Kreisverband der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) gibt es jetzt als eingetragenen Verein seit mittlerweile 30 Jahren.

Stolz sind wir auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kita, der Sozialstation und der Begegnungsstätte „Oderblick“, die in Corona-Zeiten unter extremen Bedingungen hervorragende Leistungen vollbracht haben. Dafür unser aller Hochachtung und Dank.

Langsam kommt jetzt auch das Leben in die Begegnungsstätte „Oderblick“, in das Seniorenstübchen „Nord“ und in den Treff für Nachbarn „Süd“ zurück. Im Moment geht das jedoch nur unter strengster Einhaltung der Hygienebestimmungen und Abstandsregeln. Doch nach wie vor sind unsere Begegnungsstätten für jeden offen.

Wann und wie unsere Feierlichkeiten zum Jubiläum stattfinden, hängt von den allgemeinen Corona-Verordnungen ab.

Ein Höhepunkt wird die Vorstellung des Minibuches „Miteinander-Füreinander“ anläßlich des 75. Jahrestages der Volkssolidarität sein. Das Buch befindet sich z.Z. im Druck.

Allen, die Beiträge hierfür geschrieben haben, gilt ein besonderer Dank! Dank auch an Senta Schenk und Erik Rohrbach für die großartige Unterstützung und Begleitung bei diesem Projekt.

Seit dem 01. April 2020 gibt es auch ein neues Angebot, gefördert durch die Aktion Mensch: „Helfende Hände während der Corona-Zeit“ ein Assistenz- und Betreuungsdienst.

Christian Grunow
Mitglied des Kreisvorstandes der Volkssolidarität Frankfurt (Oder)

Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e.V.
Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 / 610 16 380
Fax: 0335 / 23 329
E-Mail: frankfurt-oder@volkssolidaritaet.de
Web: www.volkssolidaritaet.de/kv-frankfurt-oder-ev/

„Es ist ein weites Feld.“ Meine Meinung zu einer AG-Geschichte

Der Anstoß, die Geschichte der Partei DIE LINKE in Frankfurt (Oder)zu schreiben, löste bei mir erst einmal Erschrecken aus. Ich stellte mir das als eine gewaltige Aufgabe vor, deren Lösung dann zu universitären Abschlüssen und dickbändigen Veröffentlichungen führt.

Von diesen gedanklichen Ausuferungen holte ich mich zurück und dachte bei mir: „Tun wir den ersten Schritt vor den zweiten.“ Eine AG bilden ist immer gut, bei den Nachbarn LOS und MOL nachfragen, ob sie Erfahrungen mit einem solche Projekt haben, kann nicht schaden. Auf die Frage „Wozu wollen wir die vielen Jahre aufarbeiten?“ habe ich für mich auch keine umfassende Antwort gefunden.

Zwei Anknüpfungspunkte für mich sind zum einen, dass von der SED/PDS bis zur LINKEN die Genossinnen und Genossen die Geschicke der Stadt wesentlich mitgeprägt haben und zum anderen, dass von der LINKEN heutzutage nur noch wenig in der Öffentlichkeit zu bemerken ist, einer Tatsache, mit der sich die AG „Die LINKE stärken“ unter anderem beschäftigt und nach Änderungen strebt.

Die Anknüpfungspunkte sind bestimmt vielfältiger, ihre Diskussion würde dazu führen, die grundsätzliche Herangehensweise zu bestimmen.

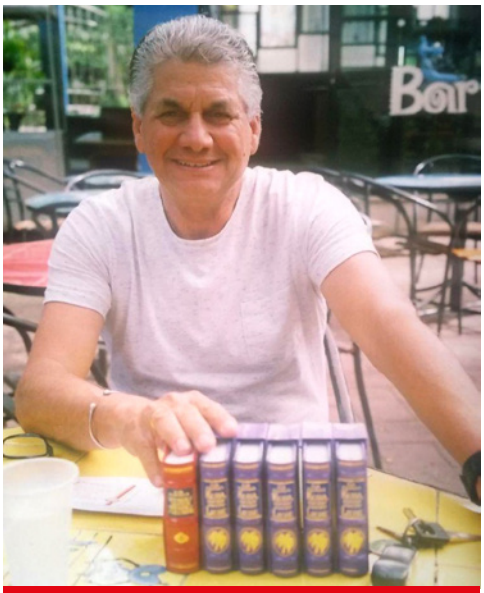
Womit nach der Zwecksetzung beginnen? Sicher gibt es wieder mehrere Möglichkeiten, eine davon ist Material zu sammeln, zu sichten, zu dokumentieren und zu ordnen. An Material gibt es unendlich viel, denke ich nur an unsere Geschäftsstelle und den Keller. Schon teilweise aufbereitet liegt es im Roten Hahn, in Erik Rohrbachs Minibüchern vor. Schätze sind Fotosammlungen, Aufzeichnungen u. a. der Genossinnen und Genossen. Manche der verstorbenen Mitstreiter*innen haben uns zu Lebzeiten Material überlassen. Eine Geschichtsquelle sind sowieso unsere Genossinnen und Genossen, sie zu befragen und vorzustellen ist eine Idee der AG Roter Hahn. Letztlich muss das Ganze aufbewahrt werden. Da kommen wir um eine Digitalisieren nicht herum.

Das zu bearbeitende Feld wird in meinem Kopf immer größer. Vielleicht sollte es in der weiteren Diskussion eingegrenzt, präzisiert werden. Wie seht ihr es, Genossinnen und Genossen?

Sonnhild Grünberg

Kuba braucht vor allem unsere politische Solidarität

Es ist toll, dass es in unserer Doppelstadt viele Menschen gibt, die mit Kuba sehr verbunden und dem Land und seinen Menschen sehr nahe sind. Wie Wolfgang Frotscher und seine Mitstreiter*innen von "Cuba Sí", deren Wirken meine Wertschätzung hat.



Dr. Jesus Irsula Pena vom kubanischen Schriftstellerveband mit Miniaturbüchern aus meiner Feder.

In einer Zeit, wo sich das Embargo der USA gegen Kuba täglich mehr verschärft und eine nie gekannte Eskalation erreicht, braucht Kuba mehr denn je unsere Solidarität in Wort und Tat. Deshalb halte ich es aus eigener Erfahrung des auf Kuba Erlebten für unsere politische und moralische Pflicht, als Linke ein klares Bekenntnis abzulegen:

Wir unterstützen die politische und gesellschaftliche Entwicklung Kubas und den sozialistischen Weg als Beispiel für Lateinamerika vorbehaltlos.

In der gegenwärtigen Zeit, wo die Wirtschafts- und Handelsblockade der USA gegen Kuba immer stärker von Lügen, Aggressivität und Erpressung gegen das kommunistische Kuba geprägt ist, braucht uns Kuba besonders an seiner Seite. Vor allem auch deshalb, weil die USA immer mehr Drittländer politisch und ökonomisch unter Druck setzt, den Handel mit Kuba einzuschränken, auszusetzen und mit Sanktionen zu belegen.

Kuba benötigt auch deshalb unsere politische Solidarität, weil die USA politischen und ökonomischen Druck auf die Regierungen in 59 Ländern der Welt ausübt, in denen bisher 28.000 Kubanerinnen und Kubaner im Gesundheitswesen tätig waren oder sind. Das mit dem Ziel, diese internationalistische Hilfe zu sabotieren und Regierungen zu erpressen, die mit Kuba geschlossenen Verträge zu kündigen, wie das mit Brasilien und Ecuador auch gelang.

Bei meinen mehrmaligen Aufenthalten auf Kuba bin ich immer wieder zu der Erkenntnis gekommen: Unsere politische Grundhaltung zur gesellschaftlichen Entwicklung Kubas, die von Fidel Castro vorgezeichnet wurde und unsere Solidarität, dass wird von den Kubanerinnen und Kubanern hoch geschätzt. Sie gibt ihnen moralische Kraft im Ringen gegen das US-Embargo.

Meine klare Haltung zu Kuba habe ich in Buchform in den Titeln meiner drei Editionen ausgedrückt: Kuba im Herzen, Kuba bleibt Kuba und Kuba, meine zweite Liebe.

Schon jetzt ist Vorfreude in mir, zur 30. Internationalen Buchmesse im Februar 2021 in Havanna, diese Solidarität vor Ort wieder zu dokumentieren und meine kubanischen Freunde und Freundinnen in die Arme nehmen zu können.

Ohne Menschen zu vereinnahmen: Ich würde das gern für alle Linken unserer Stadt tun.

Erik Rohrbach

Solidarisch mit der Havana-Bar durch die Corona-Krise

Auch an unserer „Havana Bar“ ist Corona nicht spurlos vorübergegangen.

Um den Betreiber Osmany Ventura zu unterstützen und seine, durch zeitweilig notwendige Schließung, bedingten Verluste etwas abzumildern, hat die Frankfurter Regionalgruppe von Cuba Sí am 22. Juli 2020 eine Spende übergeben.

Die Überraschung war gelungen und unserem kubanischen Freund Osmany war die Freude ins Gesicht geschrieben. Er bat uns, seinen ganz herzlichen Dank an die Spender*innen zu übermitteln.

Zu allen guten Dingen gehören DREI!

Mitte Juli 2020 wurde der zweite von unserer Regionalgruppe mit gespendeten Fahrrädern maximal gefüllte Transporter von Cuba Sí nach Berlin gebracht, um demnächst im Container die weite Reise auf die Karibik-Insel anzutreten.

Dan Radtke vom Frankfurter Radsportclub 90 e. V. bei der Prüfung eines Rades.

Beladen des Transporters durch Werner Gerathewohl | *FOTOS: WOLFGANG FROTSCHER*

Vorher wurden sie mit großer Unterstützung u. a. vom Frankfurter Radsportclub 90 e. V. auf „Alltagstauglichkeit" überprüft und wo notwendig auch repariert. Dank an Dan Radtke und Lothar Piede. Geholfen haben uns auch zwei Frankfurter Fahrradhändler und das „bbw". Alle Räder konnten aber immer noch nicht abgefahren werden. Sie passten einfach nicht in das Fahrzeug und ein Transport nach Berlin mit nur wenigen Drahteseln ist ja nun wirklich ziemlich ineffektiv!

Also: Weitermachen! Unsere Fahrrad-Spendenaktion läuft mindestens noch so lange, bis der dritte Transporter voll wird! Wir freuen uns über jedes funktionstüchtige Fahrrad!

Bitte melden bei Cuba Sí, Regionalgruppe Frankfurt (Oder), entweder bei Wolfgang Frotscher über Tel.: 0335/60688054 oder per E-mail über info@cubasi-ffo.de. Auf unserer Internetseite gibt es noch mehr interessante Informationen: www.cubasi-ffo.de

Wolfgang Frotscher

Erstmals wieder LINKES Laufteam am Start

Lange gab es für den alljährlich stattfindenden Spendenlauf der Frankfurter Bürgerinitiative Lennépark und Partnern auch ein Laufteam der DIE LINKE. Frankfurt (Oder). Leider schlief diese solidarische Aktion mit den Jahren wieder ein... bis zum 19. August diesen Jahres.

Denn an diesem Nachmittag fanden sich fünf Mitglieder unseres Kreisverbandes, um beim sogenannten PowerGreen: RotarRun-LennéMeile einen Kilometer durch Frankfurts Bürgerpark zu laufen.

Wie der Kilometer gestaltet wird, mit dem Rad, einem angenehmen Spaziergang oder mit zügigem Joggen, blieb allen Teilnehmer*innen selbst überlassen. Lediglich das Ziel stand fest und so lief auch unser Team gemeinsam mit mehr als 100 weiteren Bürger*innen der Stadt für die Neupflanzung einer jungen Eiche.

Seit Sonntag, den 23.08.2020, wissen wir: unser Einsatz hat sich gelohnt und die Finanzierung der Eiche ist gesichert - auch durch unser Startgeld in Höhe von 100€.

Vielleicht ist der Lauf unter Corona-Bedingungen und Regeln ein Anreiz für andere Mitglieder, sich im kommenden Jahr der kleinen sportlichen Betätigung anzuschliessen.

LINKES Laufteam: Stefan Kunath, Jan Augustyniak, Ella Schleese, Gunnar Weidner, (nicht im Bild: Anja Kreisel) | *FOTO: PETER GUDLOWSKI*

Poltische Bildung für die AfD

Warum Karl Marx kein Antisemit war

Karl Marx sei Antisemit gewesen. Seine Büste müsse aus dem Frankfurter Stadtbild verschwinden, so die Frankfurter AfD in einer Anfrage zur kommenden Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 3. September. Sie bezieht sich auf Aussagen von Karl Marx in seiner Schrift ‚Zur Judenfrage'. Höchste Zeit für eine Nachhilfestunde in Marx-Exegese.

War Karl Marx Antisemit?

Richtig ist, Karl Marx verwendet in seinem 1844 erschienenen Aufsatz antijüdische Stereotype. Richtig ist jedoch auch, dass Marx diese Stereotype aus Bruno Bauers Pamphlet ‚Die Judenfrage' (1843) paraphrasiert und gegen Bauer wendet. Marx Aussagen gehören deshalb in einen philosophiegeschichtlichen Kontext. Zugegeben, das ist nicht leicht zu verstehen. Versuchen wir es möglichst einfach zu erklären.

Streit zwischen Bauer und Marx – Nummer Eins: Was ist Emanzipation?

Bruno Bauer verstand die Frage der Emanzipation der Juden im christlichen Preußen als eine religiöse Frage. Die Juden müssten zunächst ihren Auserwähltheitsglauben ablegen, um als gleichwertige Staatsbürger anerkannt zu werden. Marx hingegen verstand die Frage der Emanzipation nicht religiös, sondern gesellschaftlich-praktisch. Die bürgerliche Gesellschaft habe zwar die religiöse Ständegesellschaft abgelöst, aber nicht die Unterdrückung der Juden beendet, sondern lediglich perfektioniert. Als Beispiel führt Marx das Verbot von Sonntagsarbeit in Frankreich an. Dieses war ab der Julirevolution im Jahr 1830 kein christliches Privileg mehr, sondern allgemeines Gesetz. Die bürgerliche Gesellschaft, die das Recht des Sonntags durchsetzt, indem sie das gleiche Recht des Sabbats gegenüber dem Judentum unterdrückt, ist die Schranke der Emanzipation, die Marx kritisiert. „Hätte der jüdische Sabbat nicht dasselbe Recht?" (Marx/Engels, Die heilige Familie, zit. n. Brunkhorst, S. 115) Auf die politische Emanzipation müsse deshalb die menschliche Emanzipation folgen. Marx meint damit einen abstrakten utopischen Soll-Zustand.

Streit zwischen Bauer und Marx – Nummer Zwei: Was bestimmt gesellschaftliche Konflikte?

Marx ging es in seinem Aufsatz ‚Zur Judenfrage' nicht um das Judentum. Im Mittelpunkt stand die Anwendung seiner neu entwickelten kritischen Methode der Gesellschaftsanalyse. Das Judentum war hierfür nur Anschauungsbeispiel. Marx kritisierte Bruno Bauer, dass dieser gesellschaftliche Konflikte aufgrund idealistischer-philosophischer Gegensätze erklären wollte. Für Bauer war der Kern des Judentums seine Religion. Marx hingegen wollte gesellschaftliche Konflikte aufgrund gesellschaftlich-praktischer Gegensätze erklären. Marx wollte alle gesellschaftlichen Entwicklungen auf die menschliche Praxis zurückführen, so auch die Religion: „Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen" (MEW 1, S. 372) Getreu dieser Methode versucht Marx, die jüdische Religion als Ergebnis der praktischen Tätigkeit der Juden nachzuweisen. Das Judentum sei in erster Linie ein Handelsvolk – auch aufgrund der antijüdischen Berufsverbote. Dabei paraphrasiert er umstandslos die Stereotype von Bruno Bauer, wonach Juden für Geld und Schacher stünden – und reproduziert damit die antijüdischen Stereotype aufs Neue.

Marx hatte kein antisemitisches Weltbild

Marx hat in seiner Antwort auf Bruno Bauer also antijüdische Stereotype reproduziert, aber ein antisemitisches Weltbild vertrat er nicht. Weder beim jungen noch beim alten Marx treten Juden als Urheber, Drahtzieher, Schuldige oder als Verschwörer der von ihm kritisierten ökonomischen Zustände auf. Auch andere Merkmale des Antisemitismus fehlen: Personifizierung, Verschwörungstheorie, die Einteilung der Welt in Gut und Böse, die Konstruktion von gegensätzlichen Gemeinschaf-

ten. Dort, wo die kapitalistische Produktionsweise zur Herrschaft gelangt sei, seien auch alle Religionen kapitalistisch. Es sei nicht das Judentum, welche das Profitinteresse der bürgerlichen Gesellschaft hervorbringe. „Durch ihn [den Juden] und ohne ihn“ wurde „Geld zur Weltmacht“ (Marx, Zur Judenfrage, S. 373). Nicht die „religiöse Karikatur“ bringt die „Welt des Eigennutzes“ hervor, die „Welt des Eigennutzes“ bringt die „religiöse Karikatur“ hervor. (Marx, Zur Judenfrage, S. 375) Erst die Befreiung von der Herrschaft des Privateigentums würde den Menschen vollständig emanzipieren. Man kann dem zustimmen oder nicht – antisemitisch ist es aber in keinem Fall.

Damit lässt sich auch Marx‘ oftmals missverstandener Satz richtig verstehen. „Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum.“ (Marx, Zur Judenfrage, S. 377) Marx will sowohl die Jüdinnen und Juden als auch die gesamte Gesellschaft sowohl von der Herrschaft der Ökonomie als auch von der falschen Vorstellung vom Judentum befreien. Das Judentum oder antijudaistische Stereotype spielten in seinen späteren Schriften für seine materialistische Gesellschafsanalyse keine Bedeutung. Darin war nicht mehr die Sphäre des Geldes und des Zinses für die Ausbeutung verantwortlich, sondern die Art der Produktion und die Verteilung der Produktivkräfte.

Marx war für die Emanzipation der Juden und aller religiösen Menschen

In den Schriften, wo Marx tatsächlich über den gesellschaftlichen Status der Juden nachdachte, trat er für ihre bedingungslose Emanzipation ein. Sie galt ihm sogar als Kriterium zur Bewertung des gesellschaftlichen Fortschritts: „Staaten … welche die Juden noch nicht politisch emanzipieren können, sind … als unterentwickelte Staaten nachzuweisen.“ (Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 1, S. 117) Auch entgegnet Marx Bruno Bauer „Die politische Emanzipation des Juden, des Christen, überhaupt des religiösen Menschen, ist die Emanzipation des Staats vom Judentum, vom Christentum, überhaupt von der Religion. In seiner Form, in der seinem Wesen eigentümlichen Weise, als Staat emanzipiert sich der Staat von der Religion, indem er sich von der Staatsreligion emanzipiert, d.h., indem der Staat als Staat keine Religion bekennt, indem der Staat sich vielmehr als Staat bekennt.“ (Marx, Zur Judenfrage, S. 353) Das verdeutlicht: Marx‘ Schrift hat nicht den Judenhass zum Thema, vielmehr die Emanzipation der Juden in einem säkularisierten Staat. Sie müsse als Emanzipation aller Religionen verstanden werden.

AfD als Vorkämpferin gegen Antisemitismus?

Wenn die AfD gegen Marx polemisiert und seine Büste wegen eines angeblichen Antisemitismus verschwinden lassen möchte, dann hat das politische Gründe. Erstens: Je zahlreicher sie ihren politischen Gegnern Antisemitismus unterstellt, desto eher erhofft sie sich, den Antisemitismus in ihren eigenen Reihen verharmlosen zu können. Zweitens will sie mit dem Antisemitismusvorwurf Karl Marx als Theoretiker in Misskredit bringen. Drittens will sie von der Debatte um das koloniale Erbe Deutschlands, Europas und der westlichen Welt ablenken, die mit den Massendemonstrationen gegen den Rassismus in den USA einen neuen Schwung erhielt. Die Hoffnung der AfD ist: Wer über die Demontage von Marx-Büsten diskutiert, der hat keine Zeit, sein eigenes koloniale Erbe aufzuarbeiten. Dieses Spiel sollten wir aber nicht mitspielen.

Stefan Kunath
Kreisvorsitzender
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Zum Weiterlesen und Weiterbilden:

Hauke Brunkhost (2014): War Marx Antisemit? Die falsch gestellte Frage, In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2014.

Thomas Haury (2002): Antisemitismus von links, Hamburg: Hamburger Edition, ISBN: 978-3930908790.

LINKS gelesen In der Rubrik „LINKS gelesen“ stellen wir Publikationen vor, die uns bewegen und wir gern weiterempfehlen.

Größte Liebe für die Doppelstadt in einem Minibuch

Am 19.08.2020 fand im Garten des Kleist-Museums die Buchvorstellung von Erik Rohrbachs neuen Miniaturbuches mit dem Titel "(Lebens)linien in der Doppelstadt". Mit dem Untertitel "Unsere Liebeserklärung an Frankfurt (Oder) und Słubice" statt.

Es ist mittlerweile das 48. Miniaturbuch von Erik Rohrbach und ich muss gestehen, dass ich mittlerweile ein großer Fan von Erik Rohrbach seinen Miniaturbüchern geworden bin. Dieses Buch hat Erik Rohrbach zusammen mit Frau Katrin Becker gemacht, die natürlich zu dieser Veranstaltung auch anwesend war.

Leider konnten nur 53 Besucher diese Veranstaltung live mitverfolgen. Die Corona-Pandemie ließ leider nicht mehr Besucher zu, aber dafür war das Wetter hervorragend. Insgesamt umfasst das Buch 39 Geschichten über die Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Slubice. Davon wurden an diesem Nachmittag insgesamt 12 Geschichten vorgelesen, die sehr interessant waren. Bin jetzt natürlich auch auf die anderen Geschichten gespannt.

Es war ein unterhaltsamer und schöner Nachmittag im Garten des Kleist-Museums. Natürlich besitze ich jetzt auch dieses Buch und habe mir auch ein Autogramm von Erik Rohrbach und von Frau Katrin Becker eintragen lassen.

Nachdem ich die ersten 12 Geschichten gehört habe, kann ich jedem nur dieses Buch empfehlen, der etwas über unsere Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Slubice erfahren möchte.

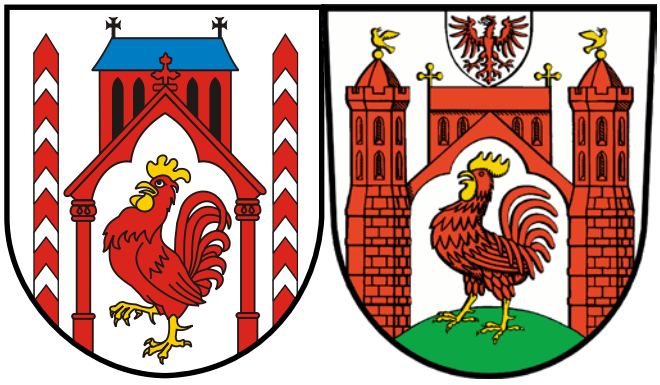
Christian Lehmann

Anmerkung der Redaktion:

Das Buch ist nicht im öffentlichen Buchhandel erhältlich, interessierte Leser*innen können jedoch direkt beim Autor Erik Rohrbach für ein Exemplar anfragen. Das Autorenpaar wird, wenn es die Corona-Verordnungen zulassen, ähnliche Veranstaltungen in den Wohngebieten Süd und Nord sowie beim Seniorenverband durchführen.

Landesregierung vertröstet deutsch-polnische Familien

Wenn Eltern von deutsch-polnischen Familien ihren Kindern im Alltag gleichberechtigt Deutsch und Polnisch beibringen wollen, bekommen sie mit der Einschulung ihrer Kinder in die Grundschule ein Problem. Frankfurt (Oder) hat kein bilinguales Grundschulangebot und die Landesregierung hat immer noch kein fertiges Unterrichtskonzept. Das geht aus einer Anfrage der LINKEN-Landtagsfraktion hervor.



Was bedeutet Bilingualität?

Ein bilinguales Grundschulangebot zeichnet sich dadurch aus, dass der Unterricht in Fächern wie Mathematik, Kunst oder Musik in Deutsch und Polnisch stattfindet. Darin unterscheidet sich Bilingualität zum bestehenden Sprachangebot an der Grundschule Mitte, wo Polnisch als Fremdsprache eine Stunde in der Woche unterrichtet wird. Angesichts von mehr als 3.500 Frankfurterinnen und Frankfurtern mit polnischer Staatsbürgerschaft, von denen einige auch zugleich die deutsche Staatsbürgerschaft tragen, ist die Zeit für ein bilinguales Grundschulangebot mehr als reif. Quasi als eine der letzten Amtshandlungen unterzeichnete die rot-rote Landesregierung im September 2019 eine Absichtserklärung mit der Stadt Frankfurt (Oder). Ziel war es, für das Schuljahr 2020/21 ein bilinguales deutsch-polnisches Grundschulangebot zu verwirklichen.

Keine Fortschritte unter der Kenia-Koalition

Am Tag der offenen Tür der Grundschule Mitte im Februar diesen Jahres zeigte sich, dass das Bildungsministerium noch kein Konzept vorweisen konnte. Bis Ostern sollte sich das ändern, verlautbarte das Bildungsministerium damals. Doch auch diesen Termin konnte das Ministerium nicht halten. „Die Vorbereitung auf das bilinguale Angebot“, so das Bildungsministerium nun in einer Antwort auf eine Anfrage der beiden LINKN-Landtagsabgeordneten Kathrin Dannenberg und Bettina Fortunato, konnte „nicht vollständig erfolgen.“ Und weiter: „Insbesondere war es nicht möglich die finale Abstimmung des Konzepts, inklusive der Gremienbeteiligung in den Schulen vorzunehmen.“

„Die Eltern und besonders die Schülerinnen und Schüler, die in die Grundschule Mitte eingeschult werden, hatten wirklich sehr darauf gehofft, dass es endlich los geht. Immer Corona dafür die Schuld zu geben, finde ich wirklich ein bisschen dürftig. Viele Menschen machen ihre Arbeit in diesen, für alle nicht ganz konfliktfreien Zeiten, sehr gut“, kommentiert Bettina Fortunato die ernüchternde Antwort der Landesregierung. „Ich finde, Konzepte können auch sehr gut verabredet werden, ohne dass man sich in geschlossenen Räumen treffen muss. Schade für die Kinder. Wir werden da dran bleiben. Die Eltern und die Kinder warten nun schon recht lange auf eine befriedigende Lösung und die Nachfrage steigt.“

▶ **Fortsetzung auf der nächsten Seite**

IMPRESSUM
DER ROTE HAHN
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:
der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Adresse senden!

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

(0335) 4002047
(0335) 4002031
geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
https://facebook.com/dielinkeffo

Verantwortliche für die AG DER ROTE HAHN
Anja Kreisel (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)

Spendenkonto:
Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck
Auflage: 450
Nächste Ausgabe: 24. September 2020
Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:
15. September 2020, 13:00 Uhr
Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!
Beratung der AG DER ROTE HAHN: 17. September, 13:00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, Frankfurt (Oder), Teilnahme via Telefonkonferenz möglich. Bitte rechtzeitig unter **der-rote-hahn@dielinke-ffo.de** anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.

Gedanken nach dem Tod von Siegmund Hawlitzky

Vor einer leeren Seite auf dem Bildschirm meines Laptops sitzend überlege ich:

Wie lange kanntest du Siegmund eigentlich? So seit 1977, denke ich. Nicht, dass wir uns persönlich kannten. Er war damals 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, ich eins von etwa 10.000 Mitgliedern der SED-Kreisorganisation Frankfurt (Oder).

An drei Ereignisse, bei denen ich Siegmund erlebte, erinnere ich mich noch recht gut:

Das erste Mal, es muss so im Januar, Februar oder März 1981 gewesen sein, ich war Delegierter zu einer Kreisdelegiertenkonferenz. Siegmund hielt den Rechenschaftsbericht und ging in diesem auch auf die ungesunde Ernährung von Teilen der Frankfurter Bevölkerung ein. Dies machte mich damals nachdenklich.

Das zweite Mal: Dezember 1989: Außerordentlicher Parteitag der SED, ich sitze vor dem Fernseher und Siegmund verkündet als Vorsitzender der Wahlkommission die Wahl Gregor Gysis zum Parteivorsitzenden. Am 20. Januar 1990 hielt er dann seine letzte Rede als 1. Kreissekretär auf einer außerordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz der da schon SED-PDS-Kreisorganisation. An den Inhalt seiner Rede an diesem Tag kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber da ging eine Ära zu Ende: Siegmund war seit den 1970er Jahren 1. Sekretär der SED-Kreisleitung gewesen und, das war zu merken, mit dem damaligen OB Fritz Krause ein Herz und eine Seele im Interesse der Stadt.

n unsere Basisorganisation kam Siegmund erst später. Nach seinem Ausscheiden als Erster Sekretär war er zunächst im VEB Bau tätig und machte dort in der Betriebsbasisorganisation mit (so etwas gab es damals noch). Zu uns kam er dann, weil er damals noch in der Palmiro-Togliatti-Straße (heute Klabundstraße) wohnte und seine Frau Inge bereits Mitglied unserer Basisorganisation war. Jetzt lernte ich Siegmund persönlich kennen, als einen ruhigen, sachlichen und bescheidenen Genossen, der der Partei die Treue hielt, auch wenn das nicht immer einfach war. Solange es seine Gesundheit zuließ, übernahm er Aufgaben in der Basisorganisation und im Kreisverband. So wirkte er bis vor zwei Jahren als Stadtteilkurier in Neuberesinchen. Zu dessen Aufgaben gehörte vor allem die Sicherstellung der Verteilung der Roten Hähne durch die Basisorganisationen des Stadtteils. Und das waren mal mehr als die noch verbliebenen zwei, wovon auch die Bezeichnung der erst jüngst aufgelösten Basisorganisation B 11 zeugt. Bis in die letzten Wahlkämpfe beteiligte sich Siegmund auch an Steckaktionen im seinen Wohngebiet Altberesinchen.

Am 20. August 2020 ist Siegmund Hawlitzky im Alter von 84 Jahren verstorben. 65 Jahre war er in diesem Jahr in der Partei. Auch wenn Siegmund eins überhaupt nicht mochte: Aufhebens um seine Person, wir werden ihn nicht vergessen und ihn als einen ruhigen, sachlichen und bescheidenen Genossen in Erinnerung behalten.

Auf Wunsch von Siegmund wird seine Beisetzung nur im engsten Familienkreis stattfinden. Wir bitten darum, dies zu akzeptieren.

Michael Große
Sprecher der BO B 05

Landesregierung vertröstet deutsch-polnische Familien

► **Fortsetzung von vorheriger Seite**

DIE LINKE bringt neuen Schwung in die Sache

Ob es überhaupt einen Konzeptentwurf gibt und wie ausgereift dieser bereits ist, wird sich bei der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses im Landtag zeigen. Kathrin Dannenberg hat hierzu einen Beratungsschwerpunkt beantragt. Auch wenn das Bildungsministerium bisher nicht liefert, konnte DIE LINKE aus der Opposition heraus immerhin neuen Schwung in der Sache bringen. In der Sommerpause kam es zu einem gemeinsamen Treffen zwischen Vertretern der Stadt Frankfurt (Oder), der Grundschule Mitte und des Bildungsministeriums. Im Mittelpunkt stand ein Austausch zum aktuellen Stand. Neuer Starttermin für das bilinguale Grundschulangebot soll jetzt das Schuljahr 2021/22 sein.

Stefan Kunath

1. Frankfurt Słubice PRIDE

Save the date: 5 września / 5. September 2020 r.: Odbędzie się pierwszy Słubice-Frankfurt-PRIDE // Erster Frankfurt-Słubice-PRIDE zieht durch die Doppelstadt

W sobotę, 5 września, pod hasłem „Miłość bez granic" rozpocznie się pierwszy słubicko-frankfurcki marsz równości. Pierwszym celem wiecu jest zwrócenie uwagi na brak widoczności i infrastruktury osób nieheteronormatywnych w obu częściach dwumiasta. Drugim celem jest okazanie solidarności ze społecznością LGBTIQ* w Polsce, która doświadcza obecnie silnej dyskryminacji i wyparcia wskutek ustanowienia tak zwanych „stref wolnych od LGBT" w niektórych gminach oraz wskutek nagonek, prowadzonych m.in. przez partię rządzącą PiS w czasie niedawnej kampanii prezydenckiej.

Unter dem Motto „Liebe ohne Grenzen" findet am Samstag, dem 5. September 2020, ab 14.00 Uhr in der Doppelstadt der erste Frankfurt-Słubice-PRIDE statt. Die Demonstration will einerseits auf die kaum bis gar nicht vorhandene Sichtbarkeit und Infrastruktur für queere Menschen in beiden Teilen der Doppelstadt aufmerksam machen. Zweiter Schwerpunkt ist die Solidarisierung mit der LGBTIQ*-Community in Polen, die durch sogenannte „LGBT-freie Zonen" in einigen Kommunen sowie durch hetzerische Kampagnen, u. a. durch die Regierungspartei PiS im jüngsten Präsidentschaftswahlkampf, heftig diskriminiert und bedrängt werden.

Dwumiasto ma być miejscem bezpiecznym dla wszystkich ludzi. Dlatego organizatorzy marszu zapraszają do udziału w nim także burmistrza Słubic Mariusza Olejniczaka oraz nadburmistrza Frankfurtu René Wilke. Podczas wydarzenia przedstawią swoje historie, działania, postulaty i cele osoby nieheteronormatywne, działacze i działaczki, organizacje ze Słubic i Frankfurtu, województwa lubuskiego i Brandenburgii, Polski i Niemiec.

Die Doppelstadt soll ein sicherer Ort für alle Menschen sein. Darum lädt das Organisations-Team auch herzlich Oberbürgermeister René Wilke und Bürgermeister Mariusz Olejniczak zu dem Umzug ein. Unterwegs werden queere Personen, Aktivist*innen, Organisationen aus Frankfurt und Słubice, Brandenburg und Lubuskie, Deutschland und Polen ihre Geschichten, Arbeit, Forderungen und Ziele vorstellen.

To wydarzenie na rzecz różnorodności seksualnej i płci społeczno-kulturowej, wolności i bezpieczeństwa osób nieheteronormatywnych organizuje niezależna grupa składająca się z 20 osób pochodzących ze Słubic, Frankfurtu i okolic.

Hinter der Veranstaltung für Vielfalt der sexuellen Orientierungen und Identitäten sowie Freiheit und Sicherheit für queere Menschen steht eine unabhängige Organisationsgruppe mit rund 20 Engagierten aus Frankfurt, Słubice und der näheren Umgebung.

LGBTIQ* to termin, który odnosi się do osób identyfikujących się jako lesbijki, geje, osoby biseksualne, transpłciowe, interpłciowe, queer oraz takie, które nie są pewne swojej tożsamości seksualnej.

LGBTIQ* steht für lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie sämtliche queere und Trans-Personen.

Start/rozpoczęcie: 05.09.2020, 14:00 Uhr,
Plac Bohaterów, Słubice

Treff für Zugreisende: 13.00 Uhr Bahnhof Frankfurt (Oder) //
Zbiórka osób przyjeżdżających pociągiem: godz. 13.00, dworzec kolejowy we Frankfurcie nad Odrą
Trasa będzie prowadziła od Słubic przez most graniczny na Odrze i centrum Frankfurtu, a zakończy się na Holzmarkt, gdzie zaplanowano zakończenie wiecu o godzinie 16.30. //
Die Route führt durch Słubice über die Oderbrücke und durch das Frankfurter Zentrum zum Holzmarkt, wo die Abschlusskundgebung gegen 16.30 Uhr geplant ist.

Corona-Regeln//Zasady bezpieczeństwa sanitarnego z uwagi na pandemię COVID-19: Es besteht die Pflicht zur Mund-und-Nasen-Bedeckung sowie Mindestabstand von 2 Meter in Polen bzw. 1,50 Meter in Deutschland, in Słubice sind gegenwärtig max. 150 Teilnehmende zugelassen. //
Obwiązuje zakrywanie nosa i ust oraz zachowanie odstępu 2 metrów w Polsce, a 1,5 metra w Niemczech. Dopuszczalna liczba uczestników marszu w Słubicach to obecnie 150 osób.

https://www.facebook.com/events/696843941043967/

http://gleft.de/418